

An den
Vorsitzenden des
Kreistages des
Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

20. Juni 2007

9. Kreistagssitzung am 22. Juni 2007

Dringlichkeitsantrag: Keine Preiserhöhungen durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 22. Juni 2007 folgenden Antrag.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Vertreter im Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsbundes (RMV), Herr André Kawai, wird beauftragt sich in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates am **26.06.2007** mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jegliche Formen von Preiserhöhungen durch den RMV einzusetzen. Die mit Fahrplanwechsel im Dezember geplanten Preiserhöhungen um weitere 2,4% lehnt der Kreistag des Main Kinzig Kreises ab.

Begründung:

Wir brauchen in Hessen einen attraktiven ÖPNV, um die Mobilität der Menschen klima- und umweltfreundlich zu ermöglichen. Deshalb muss der Main Kinzig Kreis, vertreten durch sein Aufsichtsratsmitglied jetzt aktiv werden, um die vom Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsbundes RMV, Volker Sparmann, angekündigten deutlichen Preiserhöhungen für Pendlerinnen und Pendler zu verhindern

Als Folge der von der Bundesregierung und der hessischen Landesregierung im Jahr 2006 beschlossenen Kürzungen der Mittel (Regionalisierungsmittel) für den ÖPNV

sind bereits im Dezember letzten Jahres die Fahrpreise für den ÖPNV in Hessen um rund 6% drastisch angehoben und gleichzeitig Leistungen verschlechtert werden müssen.

Dadurch hat die Attraktivität von Bussen und Bahnen bereits gelitten.

Diese Abwärtsspirale aus verschlechtertem Angebot, steigenden Preisen und damit sinkender Attraktivität muss durchbrochen werden. Statt der nun angekündigten weiteren Preiserhöhung zuzustimmen, muss sich der Main Kinzig Kreis für mehr Fahrgastrechte einsetzen. Dass dies ein Weg ist, um neue Fahrgäste zu gewinnen, zeigt der NVV mit seiner 5-Minuten-Garantie. Der RMV dagegen blockiert die Bemühungen der zuständigen Nahverkehrsgesellschaften in Frankfurt, Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg, die sich für vergleichbare Fahrgastrechte auch im RMV einsetzen.

Der Main Kinzig Kreis muss als Gesellschafter und Aufsichtsratsmitglied des RMV jetzt Farbe bekennen. Der Kreistag fordert den RMV auf, sich für mehr Verbraucherschutz statt für höhere Preise im ÖPNV einzusetzen und auch im RMV eine Mobilitätsgarantie für alle Fahrgäste einzuführen, wie der NVV sie seit einem Jahr mit großem Erfolg praktiziert.

Alleine die Jobtickets, die Firmen ihren Mitarbeiter stellen können und die verkehrspolitisch sehr sinnvoll sind, hat der RMV in den letzten 26 Monaten bereits zwei Preiserhöhung von insgesamt über 14 Prozent erwirkt. Angesichts der Diskussion um Co2 Senkungen und einer Politik, die den Autoverkehr auf den ÖPNV umlenken sollte sowie einer großen Zahl von sinkenden Einkommen, ist eine weitere Erhöhung der Fahrpreise durch den RMV das grundfalsche Signal für alle Menschen, die zum Umsteigen auf Busse und Bahnen motiviert werden sollen.

Der ÖPNV im Rhein-Main-Gebiet zählt zu den teuersten in Deutschland und Menschen mit geringen Einkommen haben deshalb bereits jetzt Problem ihre Mobilität zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass sich der Main-Kinzig-Kreis, vertreten durch seinen Dezernenten André Kavai in der nächsten Aufsichtsratssitzung des RMV am 26.06.2007 gegen eine Preiserhöhung einsetzt.

Preiserhöhungen verbessern nicht die Auslastung des RMV. Menschen benutzen die Verkehrsmittel um zur Arbeitsstätte, zu Schulen, Behörden, kulturellen Veranstaltungen oder Arztbesuchen zu gelangen. Es ist absurd zu erwarten, dass sich der Arbeitsbeginn oder die Öffnungszeiten an die Tarifzeiten des RMV anpassen werden. Eine erneute Preiserhöhung würde noch mehr Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder sie zwingen mit dem Auto zu fahren.



Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender